

**A n t r a g:** (Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau)

**Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass der Senat von Berlin Grundstücke, die dem Land Berlin gehören ab sofort und ohne Ausnahme dem meistbietenden freien Verkauf entzieht, nur noch in Erbpacht vergibt oder unentgeltlich Bauträgern zur Verfügung zu stellt mit der zwingenden Verpflichtung, darauf ausschließlich Sozialwohnungen zu errichten.**

**B e g r ü n d u n g:**

Die Bundesregierung hat eine Ankündigung des Koalitionsvertrages umgesetzt, mehr bundeseigene Grundstücke stark verbilligt bis gratis an Städte und Gemeinden abzugeben, wenn diese dort Sozialwohnungen bauen; den Handlungsspielraum der „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) hat sie entsprechend ausgeweitet. Der Bund verfügt über viele unbebaute Grundstücke, allein in Berlin, München und Köln sind es zusammen über mehrere Hundert (vgl. SZ 10.11.18, S.7).

Angesichts der Wohnungsnot müssen die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung darauf dringen, dass mit dem „möglichst gewinnbringenden“ Verkauf „nicht mehr benötigter Grundstücke“ Schluss gemacht wird. Das gilt nicht nur für den Bund, sondern auch für Länder wie Berlin. Schon bisher konnte die Bima im Falle des Verkaufs an Gemeinden Abschläge vom per Gutachten festgestellten Kaufpreis vornehmen, künftig ist eine „Verbilligung bis zu 100% des Grundstückskaufpreises“ möglich, wohl allerdings wohl kaum die Regel sein.

Umso mehr sollten sich Länder und Kommunen am Bund ein Beispiel nehmen und diese Entscheidung „gleichermaßen mit ihren Grundstücken nachvollziehen“, wie es in einem Begleitschreiben des Bundesfinanzministers heißt.